

Teil 1

Gestern:

Geschenk der Stunde Null – Ein Stück deutscher Freiheitsgeschichte

Viele Grundannahmen der Sozialen Marktwirtschaft werden heute verzerrt und Wirkungszusammenhänge ad absurdum geführt. Umso notwendiger erscheint es, immer wieder neu auf die Funktionen von Markt und Wettbewerb zu verweisen und das zugrunde liegende Menschenbild der Sozialen Marktwirtschaft zu erläutern.

Blicken wir dafür zunächst auf die Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft. Schnell wird dann deutlich, die Soziale Marktwirtschaft ist nicht nur eine Wirtschafts-, sondern vor allem auch eine Werteordnung. Sie ist eine direkte Folge des Widerstands gegen Hitler und gegen die totalitären Anmaßungen des 20. Jahrhunderts. Sie ist ein Beispiel für unerschütterliche Prinzipientreue und Courage.

Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft

Innerhalb des kirchlichen Widerstands gegen die NS-Diktatur wurde 1942 im Auftrag Dietrich Bonhoeffers das oppositionelle Schlüsseldokument der „Freiburger Denkschrift“ verfasst. Zu der Gruppe gehörten etwa der Ökonom Walter Eucken sowie der Jurist Franz Böhm. In Vorbereitung einer Nachkriegsordnung wurden die politischen, gesellschaftlichen und eben auch wirtschaftlichen Grundlagen für einen Neuanfang skizziert. Mitten in der totalitären Diktatur wurde also an Fragen einer „Wirtschaftspolitik für ein Deutschland nach Hitler“ gearbeitet. Die dabei verfolgten Ansätze waren für diese Zeit geradezu ungeheuerlich. In der dunkelsten Stunde entwerfen unabhängige Geister eine Ordnung der Freiheit. Eine Ordnung, die den Einzelnen weder einer staatlichen Bevormundung unterwirft noch einem Markt, auf dem die Starken so groß werden können, dass sie selbst die Regeln bestimmen. Die Autonomie der Wirtschaft wurde eben nicht nur aus Effizienzgründen gefordert, sondern vor allem auch als Sicherung gegen politische Absolutheitsansprüche. „Der Wettbewerb ist das großartigste und genialste Entmachtungsinstrument der Geschichte“, stellte Franz Böhm diesen zentralen Punkt heraus. Die Verfasser gingen hohe persönliche Risiken ein. Nach dem Hitler-Attentat 1944 wurde etwa Walter Eucken von der Gestapo verhaftet und verhört, andere Kollegen wurden ins Konzentrationslager gesperrt. Sie zeigten Mut, Haltung und Menschlichkeit in einer Zeit, in der so viele das Unmenschliche nicht sehen mochten.

Die freiheitliche Ordnung, wie sie der Freiburger Kreis vorausdachte, enthielt jene Elemente, die Alfred Müller-Armack einige Jahre später als „Soziale Marktwirtschaft“ bezeichnen und Ludwig Erhard mit beeindruckender Tatkraft als konkrete Politik umsetzen sollte. Die nachfolgenden Etappen – die Freigabe der Preise durch Ludwig Erhard, die staunenden Menschen vor den prall gefüllten Schaufenstern am Tag nach der Währungsreform oder auch der lange Kampf um das Kartellgesetz – sind bekannte Kapitel der Wirtschaftswundererzählung. Doch diese Erfolgsgeschichte war keineswegs ein Selbstläufer. Im Gegenteil: Ludwig Erhard hatte mit gewaltigen Widerständen zu kämpfen. Existenzielle Probleme waren zu lösen und selbst die grundlegendsten Dinge wie Wohnungen und Nahrung waren knapp. Viele waren der Meinung, nur der Staat könne die knappen Güter gerecht verteilen. Die Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft setzten jedoch auf Wettbewerb, auf Leistungs- und Aufstiegswillen und auf einen Staat, der Freiheit schützt und gleichzeitig für sozialen Ausgleich sorgt.

Prinzipien geben Orientierung

Es ist besorgniserregend, wenn sich handelnde Akteure heute zwar regelmäßig lauwarm zu der Sozialen Marktwirtschaft bekennen, in ihrem Handeln jedoch permanent gegen den inneren Kern verstoßen. Umso wichtiger ist es, sich zu vergegenwärtigen, welches die konstitutiven Prinzipien sind, die die unmittelbaren und unverrückbaren Bestandteile unserer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bilden.

Das entscheidende soziale Element der Marktwirtschaft ist dabei die mit ihr verbundene Freiheit. Ludwig Erhard hat es einmal so formuliert „die Begriffe frei und sozial decken sich (...); je freier die Wirtschaft ist, umso sozialer ist sie auch, und ein umso größerer volkswirtschaftlicher Nutzeffekt wird erzielt werden.“ Die Sicherung der Freiheit erfolgt in der Sozialen Marktwirtschaft durch einen möglichst umfassenden **Wettbewerb**. Eine konsequente Wettbewerbspolitik sorgt dafür, dass die sozialen Früchte der Marktwirtschaft zunächst einmal überhaupt hervorgebracht werden. Wettbewerb und Märkte sorgen zudem dafür, die Interessen und wirklichen Bedürfnisse der Menschen zu berücksichtigen.

Alfred Müller-Armack hat stets betont, dass diese Orientierung am Verbrauch bereits eine soziale Leistung der Marktwirtschaft ist. Der **Preismechanismus** gewährleistet, dass der Konsument die Wirtschaft nach seinen Bedürfnissen lenken kann. In die gleiche Richtung wirkt die durch das Wettbewerbssystem gesicherte und laufend erzwungene Produktivitätserhöhung als eine soziale Verbesserung. Heute vermitteln Politiker dagegen zunehmend das Gefühl, Wettbewerb sei etwas Schlechtes. Sie verbreiten die Illusion, die moderne, hochkomplexe, globalisierte Gesellschaft zentral steuern zu können, in einer Transformation sogar zentral steuern zu müssen. Marktgesetze werden ganz offen als unmoralisch abgetan, weil der ihnen innewohnende Wettbewerbsmechanismus angeblich zu einer darwinschen „Ellbogen-Mentalität“ auf Kosten der Schwachen führe. Dabei entfaltet eine verantwortete Freiheit eben keine destruktive Wirkung, sondern wird als Verbindung von Effizienz und Gemeinwohl immer eine positive Dynamik auslösen.

Walter Eucken forderte die Schaffung von Voraussetzungen für langfristig orientierte Investitionsentscheidungen, insbesondere durch die Sicherung **einer stabilen Währung** und eine „**Konstanz der Wirtschaftspolitik**“, d.h. den Verzicht auf diskretionäre Eingriffe ins Wirtschaftsleben. Eine zentralistische Industriestrategie, Nullzins und eine gesteuerte Subventionswirtschaft lassen diese wesentlichen Grundlagen erodieren.

Zur Verwirklichung des **Prinzips der Verantwortung** betonte Eucken vor allem die Rolle der **Haftung**, wobei er eine weitgehende Unterbindung von Haftungsbeschränkungen postulierte. Ludwig Erhard wehrte sich konsequent gegen jede Vorstellung, die Menschen die Eigenverantwortung abnehmen und damit Antriebskräfte lähmen würde. Heute wird der Bürger schon über die Begrifflichkeit „Bürgergeld“ zum Transferempfänger degradiert.

Ludwig Erhard kämpfte für eine privilegien- und diskriminierungsfreie Ordnung. Die Lebensperspektive sollte nicht von der sozialen Stellung abhängig, sondern an die individuelle Lern- und Leistungsbereitschaft gebunden sein. **Chancengerechtigkeit** war dabei ein zentraler Begriff. Heute dominiert jedoch eine fragwürdige Interpretation der Verteilungsgerechtigkeit.

„**Wohlstand für alle**“ war das zentrale Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards. Jeder sollte die Chance haben, durch Leistungsbereitschaft Wohlstand zu erlangen. Für den früheren Bundeskanzler und Wirtschaftsminister war immer klar, dass der Begriff des Wohlstandes auf Dauer nicht von dem des **Eigentums** zu trennen ist. Wer das Erfolgsrezept der Sozialen Marktwirtschaft weiter fortschreiben will, darf diesen untrennbaren Zusammenhang nicht auflösen. Umso dramatischer ist es, dass die Debatte zunehmend von Personen dominiert wird, die leichtfertig Privateigentum in Frage stellen. Gerade für den vermeintlichen Kampf um günstigen Wohnraum

zählen Attacken auf private Eigentumsrechte mittlerweile zum Standardinstrumentenkasten. Der grandios gescheiterte Mietendeckel und die Berliner Enteignungsinitiative liefern ein trauriges Zeugnis dafür. Zunehmend wird auch der Klimaschutz angeführt, um entschädigungslose Enteignungen zu legitimieren. Dabei haben sich Eigentumsordnungen immer wieder als besonders nachhaltig erwiesen. Schlicht auch deshalb, weil Menschen mit ihrem privaten Eigentum meist sorgfältiger umgehen als mit kollektiven Gütern. Prof. Dr. Lars Feld bringt es auf den Punkt: *„Ein Großteil der heutigen Umweltprobleme geht darauf zurück, dass wir zu wenig Privateigentum haben und zu viel Gemeinbesitz natürlicher Ressourcen.“*

Die Abkehr von diesen Prinzipien gefährdet nicht nur die Marktwirtschaft selbst, sondern es ist vielmehr ein Angriff auf das hinter der Sozialen Marktwirtschaft stehende freiheitliche Menschenbild. Es geht ganz grundlegend um die Überzeugung, dass die Menschen mit ihren schöpferischen Kräften und ihrem Fleiß vieles zu leisten im Stande sind.

Wirtschaftsrat: Ludwig Erhards wirtschaftspolitisches Sprachrohr

Die Soziale Marktwirtschaft zeichnet sich im besonderen Maße dadurch aus, dass sie sich an veränderte Rahmenbedingungen anpassen kann. Doch gerade weil sie vielfältig anpassungsfähig ist, kann sie nicht gedacht und verstanden werden, ohne ihr festes Fundament an unveränderbaren Prinzipien. Die Bewahrung und Weiterentwicklung unserer einzigartigen freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bedarf deshalb unweigerlich die beständige Vergewisserung ihrer wertmäßigen Grundlagen. Genau auf diesen Grundmauern ist der Wirtschaftsrat gegründet worden.

Ludwig Erhard wurde 1963 Bundeskanzler. Er musste sich fortan um alle Politikfelder kümmern, nicht nur die Wirtschaftspolitik. Die Zeiten waren gut damals – die Wirtschaft wuchs seit gut einem Jahrzehnt und es gab kaum Arbeitslose. Dieses Umfeld ließ auch die Ansprüche in die Höhe steigen. Schon 1956 nutzen die Gewerkschaften ihre neue Macht für die Kampagne „Samstags gehört Vati mir“, mit der sie die Einführung der Fünftagewoche erreichen wollen. Nicht nur Ludwig Erhard beunruhigten diese Tendenzen von Staat und Sozialpartnern, immer mehr über gesetzliche Eingriffe regeln zu lassen. Auch in der Wirtschaft wuchs die Sorge, dass die Politik sich übernimmt. Eine neu geordnete Vertretung der Industrie und der Unternehmer sollte deshalb zu einem neuen wirtschaftspolitischen Sprachrohr für den Kanzler Ludwig Erhard werden. Zwar gab es bereits die Spitzenverbände der Wirtschaft, die sich beratend einbrachten und gute Arbeit



Ludwig Erhard mit den Herren Herten (l.) und Scheufelen (r.)

leisteten. Doch eine echte „Stimme der Sozialen Marktwirtschaft“ im Sinne Ludwig Erhards fehlte im Institutionengefüge der jungen Bonner Republik. Um diese „Stimme der Sozialen Marktwirtschaft“ zu bilden, suchten der Unternehmer Alphons Horten und Dr. Klaus Scheufelen nach Mitstreitern. Davon versammelten sich 157 am 9. Dezember 1963 in der Beethovenhalle in Bonn und gründeten den Wirtschaftsrat.

Der Wirtschaftsrat sieht seine Aufgabe von Beginn an darin, seine Expertise der Politik zur Verfügung zu stellen und gegenüber allen Regierungen und Parteien als Anwalt der Sozialen Marktwirtschaft und des freien sozialverpflichtenden Unternehmertums aufzutreten. Der Namenszusatz „der CDU“ erinnert an Ludwig Erhard als Mitbegründer. Der Wirtschaftsrat steht in der ordnungs- und wirtschaftspolitischen Tradition des damaligen Bundeskanzlers.

Seit sechs Jahrzehnten ist der Wirtschaftsrat nun Fürsprecher für die Soziale Marktwirtschaft. Er tut das in dem Bewusstsein, dass kein anderes Wirtschaftssystem Freiheit und Verantwortung sowie den sozialen Ausgleich so erfolgreich miteinander verbindet. Dass Deutschland den Erhard'schen Wunsch nach „Wohlstand für Alle“ so weitgehend verwirklichen konnte, hat auch mit dem Engagement vieler tausender Unternehmer zu tun, die sich seit 60 Jahren ehrenamtlich in den Kommissionen und Landesverbänden des Wirtschaftsrates für den Erhalt und Ausbau der Sozialen Marktwirtschaft einsetzen. So konnte der Wirtschaftsrat Deutschland wegweisende Entscheidungen mit vorbereiten und auf den Weg bringen. Schon 1968 beschäftigte sich etwa das „Euroforum 68“ des Wirtschaftsrates in Saarbrücken mit der Frage der europäischen Einigung. Als Redner geladen waren Männer, die heute zu den Gründervätern der Europäischen Union gehören: der Franzose Jean Monnet ebenso wie Prof. Dr. Walter Hallstein. Der Höhepunkt der Veranstaltung aber war fraglos die Rede von Dr. Pierre Werner, dem späteren luxemburgischen Premierminister: Zum ersten Mal überhaupt skizzierte er in der Öffentlichkeit das, was später als Werner-Plan zur Einrichtung einer Währungsunion und einheitlichen Währung in die Geschichte eingehen sollte.

Mit einem prominent besetzten Symposium platzierte der Wirtschaftsrat auch das Thema Schuldenbremse erstmals in der Öffentlichkeit. Die Welt berichtete am 13. Mai 2005: *„Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. hat vorgeschlagen, nach Schweizer Vorbild eine Schuldenbremse in das Grundgesetz aufzunehmen. Artikel 115 müsse so geändert werden, dass alle Gebietskörperschaften ausgeglichene Haushalte ohne Kreditaufnahme vorlegen müssten.“* Die Forderung des Wirtschaftsrates wurde vom damaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten und Co-Vorsitzenden der Föderalismuskommission II, Günther Oettinger, aufgegriffen. Er kündigte an, das „Gebot der



Nullverschuldung“ in der Landeshaushaltsordnung festzuschreiben und eine Schuldenbremse nach Schweizer Vorbild einzuführen. Der Wirtschaftsrat nutzte unter dem Präsidenten Prof. Dr. Kurt J. Lauk die Debatten um die Föderalismusreform, um das Thema Schuldenbremse mit einer umfassenden Kampagne wieder und wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Und in der Tat war es die Föderalismuskommission, die Anfang 2009 dann tatsächlich eine weitreichende Schuldenbremse für Bund und Länder beschlossen hat.

Es gäbe viele weitere Beispiele. In Tausenden von Gesprächen, Kommissionssitzungen, Thesenpapieren und Kongressen ist der Wirtschaftsrat immer wieder als Stimme der Sozialen Marktwirtschaft hörbar gewesen und hat dabei geholfen, Deutschland in diesen vergangenen 60 Jahren auf dem Kurs einer vernünftigen, freiheitlichen und wohlstandsichernden Wirtschaftspolitik zu halten. Gleichzeitig machen gerade diese Tage deutlich, dass weiterhin enormer Aufklärungsbedarf besteht. Die eigentlichen Botschaften der Sozialen Marktwirtschaft und ihr Wertefundament scheinen zunehmend in Vergessenheit zu geraten. Wir nehmen die immer weitere Ausweitung des Wohlfahrtsstaates als Selbstverständlichkeit und nicht als Ergebnis harter Leistung hin. Erhards zentrale Frage, wie Werte und Wohlstand überhaupt geschaffen werden und wie derjenige belohnt (und nicht bestraft) werden muss, der sie schafft, droht in den Hintergrund zu geraten.

Der Blick in die Vergangenheit zeigt uns eindrucksvoll, dass es am Ende an uns allen ist, die Verantwortung für die Ordnung zu übernehmen, in der wir leben und leben wollen. Walter Eucken und seine mutigen Mitstreiter des Freiburger Kreises haben das damals getan, ebenso Ludwig Erhard und auch die Gründerväter des Wirtschaftsrates – sehr oft gegen Widerstände und den Zeitgeist. Damit haben sie sich in die Freiheitsgeschichte dieses Landes eingeschrieben. Schreiben wir sie fort!

